

Verdunklungstaktik bei der Beleuchtung

BZ-GASTBEITRAG: Lüder Gerken glaubt, dass das Verbot von Glühbirnen etwas ganz anderes bezwecken soll als Klimaschutz

Haben Sie schon einmal eine brennende Glühbirne angefasst? Dann wissen Sie: Sie wird so heiß, dass man sich die Finger an ihr verbrennt. Und kein Hinweis warnt den unerfahrenen Glühbirnenutzer. Wäre es nicht eine nette Idee für unsere Verbraucherschützer, die Glühbirne zu verbieten, weil sie so gefährlich ist?

Verboten wird sie. Aber nicht weil man sich an ihr verbrennen kann, sondern weil sie angeblich dem Klima schadet: Sie verbrauche zu viel Energie, heißt es. Und je mehr Energie erzeugt werden muss, desto mehr Kohlendioxid (CO₂) fällt an und desto schlimmer wird die globale Erwärmung. Das Glühbirnenverbot ist also wichtig für den Klimaschutz. So zumindest argumentieren die sogenannten Experten in der EU-Kommission, die das Verbot durchgesetzt haben. Leider ist diese Argumentation blanker Unsinn: Glühbirnen sind zwar Stromfresser. Doch ihr Verbot trägt nicht einen Deut zum Klimaschutz bei, mit ihm wird nicht ein Gramm CO₂ eingespart. Das liegt am – ökonomisch vernünftigen – Emissionsrechtehandel, den dieselben Experten derselben EU-Kommission durchsetzten: Die Höchstmenge an CO₂, die die Industrie in die Luft abgeben darf, wird vorgegeben. Unternehmen, die CO₂ emittieren, müssen Emissionsrechte ersteigern. Den Zuschlag erhält, wer am meisten bietet.

Da Unternehmen kostenbewusst handeln, rüsten sie ihre Produktion (erst) dann auf CO₂-arme Technologie um, wenn die Umrüstung billiger ist als die Emissionsrechte. Unternehmen mit hohen Umrüstungskosten sind daher bereit, mehr für diese Rechte zu bezahlen, und überbieten Unternehmen mit geringeren Umrüstungskosten.

Folge: Die Versteigerung der Emissionsrechte erzeugt nicht nur – zuvor unbekannte – Informationen darüber, wo die CO₂-Reduktion am kostengünstigsten ist, sie sorgt auch dafür, dass die Reduktion genau dort erfolgt, so dass der materielle Wohlstandsverlust, den der Klimaschutz nach sich zieht, minimiert wird.

Da bei der herkömmlichen Stromerzeugung CO₂ entsteht, müssen auch die Stromerzeuger Rechte kaufen. Was passiert nun, wenn – wegen des Glühbirnenverbots – weniger Strom benötigt wird? Die Stromerzeuger produzieren weniger Strom, so dass sie auch weniger Emissionsrechte ersteigern. Deren Preis sinkt wegen der geringeren Nachfrage. Dadurch aber unterlassen andere Unternehmen die Umstel-

lung auf kohlendioxidarme Produktionsverfahren: nämlich all jene, für die ein Kauf der – dank Glühbirnenverbot preiswerteren – Emissionsrechte billiger geworden ist als die Umrüstung.

Das heißt: Die CO₂-Emissionsmenge bleibt auf dem staatlich vorgegebenen Höchstniveau. Das Glühbirnenverbot führt nur dazu, dass diese Menge woanders entsteht: etwa bei der Stahl- statt bei der Stromproduktion.

Nun könnte man sagen: Was soll's? Doch weit gefehlt. Denn das Glühbirnenverbot macht den zentralen Vorteil der Emissionsrechte zunichte: CO₂ wird nicht mehr dort reduziert, wo dies am kostengünstigsten ist. Durch den Eingriff der Bürokraten wird der klimaschutzbedingte Wohlstandsverlust größer ausfallen als nötig.

Übrigens: Energiesparlampen, die derzeitige Alternative, enthalten für Mensch und Umwelt hochgiftiges Quecksilber. Die EU strebte bislang an, es vollständig zu verbieten. Und plötzlich ist Quecksilber so harmlos, dass es in jedem Haushalt, in jedem Kinderzimmer eingesetzt werden soll?

Das Glühbirnenverbot ist also ein dreifacher Schildbürgerstreich: Es bringt nicht nur für das Klima nichts und verursacht unnötige Kosten, sondern es gefährdet auch noch Mensch und Umwelt. Warum aber macht die EU einen solchen Unsinn? Sollte man in Brüssel all dies nicht erkannt haben?

Die Bevölkerung könnte ihre Meinung zum Klimaschutz ändern

Plausibler ist folgende Erklärung: Der Klimaschutz wird teuer, sehr teuer. Die Emissionsrechte decken diese Kosten schonungslos auf: in Form stark steigender Preise für alle Produkte, bei deren Herstellung CO₂ anfällt – vor allem auch für Strom. Die Bevölkerung könnte ihre Meinung über den Klimaschutz ändern, wenn ihr die Kosten derart offen präsentiert werden.

Durch das Verbot von Glühbirnen verschwimmen die Kosten: Der Energiepreis ist niedriger, dafür muss man teure Energiesparlampen kaufen. Dass das am Ende volkswirtschaftlich schädlich ist, kümmert die Bürokraten nicht. Die Menschen merken es ja nicht – wegen der durch das Verbot erzeugten Intransparenz.

– Lüder Gerken ist Vorsitzender der Stiftung Ordnungspolitik und des Centrums für Europäische Politik.



Lüder Gerken FOTO: BZ